



INHALT

GESCHÄFTSBERICHT 2014

BERICHT DES VORSTANDES	3
DER VORSTAND	8
ORGANE UND GREMIEN	9
BERICHT DES AUFSICHTSRATES	10
GESCHÄFTSSTELLEN	11
BILANZ ZUM 31.12.2014	14
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2014	16
ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 2014	18

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:

Volksbank Wien-Baden AG, Schottengasse 10, 1010 Wien

E-Mail: filialen@vbwienbaden.at

FN211524s Handelsgericht Wien

Für den Inhalt verantwortlich:

Stabsstelle Marketing & Kommunikation.

Coverbild: Marija Mandic, Ausschnitt aus dem Gemälde 'Air', 260 x 200 cm, Acryl auf Leinwand, www.marijamandic.com

Verlags- und Herstellungsort:

Wien

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Daten und Informationen kann trotz sorgfältiger Recherche und Erfassung keine Haftung übernommen werden.

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf die geschlechtsspezifische Differenzierung, z.B. KundInnen, weitgehend verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

BERICHT DES VORSTANDES

Die Volksbank Wien-Baden AG ist Teil des Volksbanken-Verbundes gemäß § 30a BWG. Ihre Geschäftspartner sind vor allem Klein- und Mittelbetriebe sowie private Haushalte im Raum Wien, Baden, Klosterneuburg und Mödling. Die Volksbank Wien-Baden AG ist mit 52 Standorten im Großraum Wien mit rund 80.000 Unternehmen und zwei Millionen Einwohnern tätig. Als starke Beraterbank erfolgt eine aktive und konsequente Marktbearbeitung.

Damit die Volksbank Wien-Baden AG gemäß ihrer Eigentümerstruktur den Förderauftrag als regionale Universalbank erfüllen kann, nehmen Leistungsfähigkeit, Rentabilität und eine solide Eigenmittelausstattung in der Geschäftspolitik einen hohen Stellenwert ein.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die Geschäftsbereiche der Volksbank Wien-Baden AG umfassen überwiegend das Kredit-, Einlagen- und Wertpapierdepotgeschäft.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage in Österreich gab die Rahmenbedingungen für die Unternehmen der Region vor. Die wirtschaftliche Situation der Region wirkte sich positiv auf das Geschäftsjahr 2014 aus.

Die Darstellungen im Lagebericht, die Kennzahlen der Geschäftsjahre 2013 und 2014 enthalten, sind aufgrund der per 24. Oktober 2014 gemäß § 92 BWG erfolgten Einbringung des Bankbetriebs der Gärtnerbank, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung in die Volksbank Wien-Baden AG nicht vergleichbar.

Die Kreditvergabe war weiterhin auf ein qualitatives Wachstum ausgerichtet. Das im Berichtsjahr niedrige Zinsniveau wirkte sich negativ auf die Ertragslage aus. Dieser Entwicklung wurde mit entsprechenden Maßnahmen wie aktiver Markt- und Konditionensteuerung begegnet. Eine sparsame Gebarung wirkte dabei unterstützend.

Die Kennzahlendarstellung 2014 ist unter Berücksichtigung der Einbringung des Bankbetriebs der Gärtnerbank, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung in die Aktiengesellschaft der Volksbank Wien-Baden AG gemäß § 92 BWG zu sehen.

Die Bilanzsumme der Volksbank Wien-Baden AG betrug zum 31.12.2014 EUR 3.386 Mio. Per 31.12.2013 war in der Volksbank Wien-Baden AG eine Bilanzsumme von EUR 3.801 gegeben. Die Verkürzung der Bilanzsumme ist auf die Reduktion der Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralorganisation und

den Rückgang bei den sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zurückzuführen.

Die Betriebsaufwendungen liegen mit 2,21 % der Bilanzsumme im sektoralen Durchschnitt. An Fusionskosten sind TEUR 445 enthalten.

Der Kosten-Ertragskoeffizient (Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen) mit 80,34 % enthält Einmaleffekte aus der Einbringung des Bankbetriebes der früheren Gärtnerbank, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Das Geschäftsvolumen, das sich aus den Ausleihungen an Kunden, Einlagen von Kunden, verbrieften Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten zusammensetzt, stellt sich mit EUR 5.699 Mio. dar.

Die Eigenmittel betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 208 Mio. Auf das Kernkapital entfielen 89,24 % und auf die ergänzenden Eigenmittel 10,76 %.

MITARBEITER

Per 31. Dezember 2014 waren in der Volksbank Wien-Baden AG 643 Angestellte und 32 Arbeiter beschäftigt. Die Volksbank Wien-Baden AG berücksichtigt in den Ausbildungsplänen individuelle Karriere- und Lebensplanungen. Die Ausbildung erfolgte verstärkt in den Bereichen Finanzierung, Veranlagung sowie Vertrieb und Persönlichkeitsentwicklung. Auf die fachliche Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter wird auch weiterhin großer Wert gelegt, um unseren Kunden ein hohes Beratungsniveau bieten zu können.

RISIKOBERICHT

Gemäß § 39 BWG hat die Volksbank Wien-Baden AG ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das alle wesentlichen bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken umfasst und limitiert. Im Kreditinstitute-Verbund nach § 30a BWG steuert die ÖVAG gemäß § 39a BWG als Zentralorganisation das Risikomanagement des gesamten Volksbanken-Verbundes. Die Zentralorganisation erstellt zu diesem Zweck auf Basis der Einzeldaten aller Volksbanken Risikoberichte und überwacht die Einhaltung der zugeteilten Gesamtbankrisikolimit. Die angewendeten Methoden zur Berechnung und Limitierung der Risiken sind dabei die gleichen, wie auf Ebene der Volksbanken.

Die Volksbank Wien-Baden AG als Mitglied im Kreditinstitute-Verbund orientiert sich bei der Steuerung ihrer Risiken an den risikopolitischen Leitlinien der Zentralorganisation. Neben den

BERICHT DES VORSTANDES

in der Verbundrisikostategie gültigen Gesamtbankrisikolimiten bekommt die Volksbank Wien-Baden AG mindestens einmal jährlich von der Zentralorganisation ein institutsspezifisches Gesamtbankrisikolimit (abhängig von der Verbundauslastung sowie der Institutsauslastung) für die ökonomische Liquidationssicht zugewiesen. Ausgehend von diesem institutsspezifischen Gesamtbankrisikolimit definiert die Volksbank Wien-Baden AG Risikolimiten für alle wesentlichen Risiken und legt diese ihrem Aufsichtsrat vor. Darüber hinaus setzt sie ein bankinternes Frühwarnsystem ein, um frühzeitig auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren zu können, z.B. wenn Risiken in die Nähe der festgelegten Limite gelangen. Die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgt laufend durch das Risiko-Controlling nach Standards und Richtlinien der Zentralorganisation.

KREDITRISIKEN

Die Volksbank Wien-Baden AG beschränkt ihre Kreditvergaben im Wesentlichen auf ihr regionales Umfeld. Die Bedürfnisse der Kunden, aber auch die mit der Kreditvergabe verbundenen Risiken können dadurch besser eingeschätzt werden.

Die für das Ausfallrisiko eines Kreditgeschäfts bedeutsamen qualitativen und quantitativen Aspekte werden einer angemessenen Risikoanalyse unterzogen, wobei die Intensität dieser Tätigkeit von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt des Engagements abhängt.

Die Volksbank Wien-Baden AG setzt zur Beurteilung der Ausfallrisiken moderne Rating-Instrumente ein. Mittels eines Portfoliomodells errechnet die Zentralorganisation den erwarteten und unerwarteten Verlust. Diese Daten fließen sowohl in die Risikoberechnung des Kunden als auch in jene der Bank ein.

Währungsrisiken aus Fremdwährungskrediten werden durch eine währungsgleiche Refinanzierung und den Einsatz von Devisenwaps geschlossen.

Die Volksbank Wien-Baden AG berechnet das spezifische Risiko aus Fremdwährungskrediten und Tilgungsträgerkrediten im Hinblick auf Wechselkurs-, Zinssatz- und Sicherheiten-Veränderungen. Sie zeigt deren Auswirkungen auf den Einzelkredit, das Blanko-Risiko als auch auf Gesamtportfolioebene auf. Bei Tilgungsträgerkrediten erfolgt darüber hinaus eine laufende Überwachung der Entwicklung der Tilgungsträger.

Für die Kreditrisiken wird im Rahmen des Risiko-Limitsystems in gleicher Höhe Risikodeckungsmasse vorgehalten, sodass bei Ausfall der Forderung vorgesorgt ist.

MARKTRISIKEN

Die Volksbank Wien-Baden AG verfolgt eine vergleichsweise konservative Veranlagungspolitik, die die Vorgaben der Zentralorganisation über die Risikosteuerung und das Veranlagungsuniversum berücksichtigt. Die Veranlagungen erfolgen vor allem innerhalb des Sektors bei der Zentralorganisation, bei Emittenten mit bester Bonität (Investment Grade) und in risikoarme Produkte.

Das bedeutendste Risiko im Rahmen der Marktrisiken stellt das Zinsänderungsrisiko dar. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung werden allenfalls auch derivative Finanzinstrumente in Form von Hedgegeschäften zur Steuerung und Absicherung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Die Frühwarn Grenzen sind so gesetzt, dass die im BWG vorgesehenen Grenzen jederzeit eingehalten werden.

Die Summe der einzelnen Marktrisiken wird im Rahmen des Risiko-Limitsystems mit Risikodeckungsmasse unterlegt, damit für den Fall des Risiko-Eintritts vorgesorgt ist.

OPERATIONELLE UND SONSTIGE RISIKEN

Die Volksbank Wien-Baden AG definiert das Operationelle Risiko (OpRisk) als die Gefahr von Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen und berücksichtigt auch das Rechtsrisiko. Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk-Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben. Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Operationelle Ereignisse werden in der EDV-Plattform BART erfasst.

Die Angemessenheit der Risiko-Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des Risikopotenzials laufend, zumindest jedoch jährlich, in Form einer OpRisk-Klausur bewertet. Weiters können exemplarisch als wesentliche Maßnahmen zur Risikosteuerung Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die betriebliche Notfallplanung aber auch die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten, die Beachtung des 4-Augenprinzips und das in den Geschäftsprozessen integrierte interne Kontrollsystem (IKS) angeführt werden.

Operationelle (Rest-) Risiken die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, müssen formal und nachweislich durch

die Geschäftsleitung akzeptiert werden. Die Effizienz des operationellen Risikomanagements wird durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen bestätigt.

BETEILIGUNGSRISEN

Unter Beteiligungsrisiko versteht der Verbund das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung ausfällt oder an Wert verliert. Da dieses Risiko für den Verbund wesentlich ist, wird es quantifiziert und in der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Das Beteiligungsrisiko wird dazu in folgende Ausprägungen unterteilt:

- Ausfallrisiko von Beteiligungen
- Abwertungsrisiko von Beteiligungen
- FX-Risiko aus Beteiligungen

Das Ausfallrisiko von Beteiligungen wird von der Zentralorganisation über das Kreditrisikomodell berechnet, wobei nicht nur klassische Beteiligungen sondern auch Finanzierungen an jene Beteiligungen, die der IAS 24 Related Parties Definition entsprechen, berücksichtigt werden.

Das Abwertungsrisiko von Beteiligungen wird von der Zentralorganisation mittels Abschlägen von den Buchwerten der Beteiligungen in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das FX-Risiko aus Beteiligungen beschreibt das Risiko der Wertänderung konsolidierter Kernkapitalbestandteile in Nicht-EUR-Währungen aufgrund von Wechselkursschwankungen und wird von der Zentralorganisation mittels Value at Risk über das interne Marktrisikomodell berechnet.

Die wirtschaftliche Entwicklung der ÖVAG machte eine Neubewertung der indirekten Beteiligung der Volksbank Wien-Baden AG an der Zentralorganisation erforderlich. In der Folge wurde unter Berücksichtigung einer der ehemaligen Gärtnerbank registrierte Genossenschaft m.b.H. gewährten Garantie vom Gemeinschaftsfonds des österreichischen Volksbankensektors eine außerplanmäßige Abschreibung der Beteiligung im Berichtsjahr in Höhe von EUR 8,85 Mio. bzw. 75,63 % vorgenommen. Die Garantie des Gemeinschaftsfonds bestand zum 31.12.2014 in Höhe von EUR 2,85 Mio.

LIQUIDITÄTSRISEN

Das Liquiditätsrisiko ist im Rahmen der Aufgabenverteilung im Volksbanken-Verbund grundsätzlich der Zentralorganisation überantwortet. Die Volksbank Wien-Baden AG erhebt die Liquiditätssituation, sowie die zu erwartenden Zu- und Abflüsse

innerhalb der nächsten 13 Monate und übermittelt die Daten an die Zentralorganisation zur Durchführung der Liquiditätssteuerung im gesamten Verbund. Als Zentralorganisation führt sie den Liquiditätsausgleich innerhalb des Verbundes durch und stellt die jederzeitige Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen des Verbundes sicher.

ABDECKUNG DER RISIKEN MIT RISIKODECKUNGSMASSE DER BANK

Zumindest quartalsweise werden alle wesentlichen Risiken nach den Vorgaben der Zentralorganisation erfasst und zu einer Gesamtrisikodarstellung zusammengeführt. Dabei werden die errechneten Risikopotentiale der Bank der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit können unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt werden, die sich in den drei Sichtweisen widerspiegeln.

- Regulatorische Sicht
(Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische Liquidationssicht
- Ökonomische Going Concern Sicht

Die regulatorische Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Risikomessmethoden und definierten Risikodeckungsmassen. Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit stellt, da gesetzlich vorgegeben, eine Mindestanforderung dar.

In der ökonomischen Liquidationssicht steht die Sicherung der Gläubigeransprüche im Liquidationsfall im Vordergrund. Bei dieser Sichtweise werden die Risikodeckungsmassen auf Basis des „internen“ Kapitals definiert. Auch bei der Bestimmung der Gesamtrisikoposition wird auf „interne“ Verfahren, in der Regel Value at Risk-Modelle bzw. Methoden, abgestellt.

In der Going-Concern-Sicht soll der Fortbestand einer geordneten Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Die Going-Concern Betrachtung stellt auf eine Deckung von Risiken durch kurzfristig verfügbares Kapital im täglichen Geschäft ab (laufendes Ergebnis, stille Lasten/Reserven und das frei verfügbare Kapital soweit es die regulatorischen Mindestanforderungen übersteigt). Kleinere, mit hoher Wahrscheinlichkeit auftretende Risiken sollen verkraftet werden können, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu gefährden.

Der gesamthafte Risikobericht wird den Aufsichtsorganen zur Kenntnis gebracht. Maßnahmen zur Gegensteuerung unerwünschter Entwicklungen werden bei regelmäßigen Sitzungen

BERICHT DES VORSTANDES

der Geschäftsleitung mit den verantwortlichen Führungskräften beraten und allenfalls durch den Aufsichtsrat beschlossen.

RISIKOSITUATION

Die Risikosituation der Volksbank Wien-Baden AG wird aufgrund der oben dargestellten Maßnahmen, der Ergebnisse aus dem Risikomanagement und dem Vergleich mit anderen Regionalbanken als angemessen beurteilt. Allerdings hat sich die Risikodeckungsmasse durch die Abwertung der ÖVAG-Anteile reduziert. Trotz des schwierigen Marktumfeldes hat die Volksbank Wien-Baden AG im Geschäftsjahr 2014 durchgängig das regulatorische bzw. ökonomische Gesamtbankrisiko eingehalten.

PROGNOSEBERICHT

Auf Basis der von der EZB errechneten Kapitallücke ergibt sich gemäß einem der ÖVAG übermittelten Beschluss, dass der ÖVAG in ihrer aktuellen Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes ab 26. Juli 2015 eine SREP-Quote von 14,63 % CET1 auf konsolidierter Basis für den Volksbanken-Verbund vorgeschrieben wird. Die aktuelle Vorschau zeigt, dass diese Quote in der derzeitigen Struktur nicht erreicht werden wird. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG und die damit verbundene Abspaltung der Zentralorganisationsfunktionen in die Volksbank Wien-Baden, sollen dazu dienen, die Risikostruktur des neuen Verbundes wesentlich zu verbessern. Der Vorstand der ÖVAG geht davon aus, dass für diesen neuen Verbund die aktuell vorgesehenen CET1-Quoten nicht mehr den Risikogehalt des Verbundes widerspiegeln und weiters geht der Vorstand der ÖVAG daher davon aus, dass sich die im Beschluss vorgeschriebene Quote deutlich verringert und damit eine Erfüllbarkeit der Kapitalanforderungen gegeben ist. Im Beschluss der EZB wird dazu festgehalten, dass wenn die ÖVAG vor dem 26. Juli 2015 feststellt, dass die Restrukturierung erfolgreich durchgeführt wurde, die EZB prüfen wird, wie sie die derzeitige SREP-Quote ändern kann.

Zur Umsetzung der geplanten Spaltung und Herstellung der ÖVAG als Abbaugesellschaft wurde ein umfangreiches Transformationsprojekt in beiden Banken aufgesetzt und externe Unterstützung in Anspruch genommen. Das gesamte Projekt soll im Wesentlichen mit der Spaltung im Juli 2015 abgeschlossen sein. Mit einem derartigen Projekt sind naturgemäß zahlreiche Risiken und Unsicherheiten insbesondere auch im Zusammenhang mit behördlichen, aufsichtsrechtlichen und gremialen Genehmigungen verbunden, die eine Umsetzung verhindern können. Weiters bestehen zahlreiche Rechtsunsicherheiten ua. aufgrund

neuer europäischer und nationaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie dem Mechanismus zur Bankenabwicklung („SRM“) und dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken („BaSAG“). Darüber hinaus bedarf es auch weitreichender Beschlüsse in den Generalversammlungen der lokalen Volksbanken. Der Vorstand der ÖVAG geht jedoch derzeit davon aus, dass die Umsetzung der Maßnahmen im Kapitalplan, insbesondere die Neustrukturierung des Verbundes, herausfordernd, aber machbar ist. Weiters werden intensive Anstrengungen unternommen, damit die erforderlichen Genehmigungen der jeweiligen Behörden erteilt werden können. Aufgrund der wesentlichen Umstrukturierung und des stark veränderten Risikoprofils des neuen Verbundes geht der Vorstand der ÖVAG davon aus, dass die vorgeschriebene SREP - Quote neu ermittelt wird und dann im neu strukturierten Verbund eingehalten werden kann.

Durch die oben beschriebenen Maßnahmen und Umstände ist davon auszugehen, dass der Verbund und somit auch die einzelnen Mitglieder in Zukunft weiter bestehen werden.

Die Umgestaltung des Genossenschaftsverbundes zielt darauf ab, das Erfolgsmodell der regional verankerten eigenständigen Genossenschaftsbanken den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Um eine selbstbestimmte Zukunft für den Volksbanken-Verbund zu sichern, wurde das Projekt „Verbund mit Zukunft“ initiiert. Dabei sind 3 Plan-Ziele maßgeblich, die in der strategischen Planung der Volksbank Wien-Baden AG berücksichtigt wurden:

- Verbesserung der Ertragskraft
- Kostenreduktion
- Stärkung des Eigenkapitals (insbesondere aus Innenfinanzierung) und Optimierung der risikogewichteten Aktiva (RWA)

Die Planung für das Jahr 2015 orientiert sich klar an diesen Zielen. Die geänderte Vertriebsstruktur, modernste Technologie und bestens geschultes Personal sind bereits geschaffene Grundvoraussetzungen zur Erreichung der Ziele.

Dem Primärmittelaufkommen wird nach wie vor verstärktes Augenmerk geschenkt.

Trotz der Erwartung weiterhin geringer Zinsspannen wird die Ertragskraft im Jahr 2015 auf Grund der Wachstumsperspektive über jener des vergangenen Jahres liegen. Auf Basis der geplanten, qualitativen Ausweitung der Ausleihungen und der

beabsichtigten Steigerung des Dienstleistungsgeschäftes wird für 2015 eine moderate Erhöhung der Betriebserträge erwartet. Eine marktgerechte Konditionenpolitik soll zur Erreichung dieses Zieles verstärkt beitragen. Kontinuierliche Betreuung und Beratungsqualität werden dabei in den Vordergrund gestellt.

Die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Effizienzsteigerung werden auch 2015 fortgeführt, um durch Optimierung des Ressourceneinsatzes einen zusätzlichen Beitrag zur Verbesserung der Gesamtertragslage und damit eine weitere Steigerung des Betriebsergebnisses sicherzustellen.

Eine sorgfältige und ausgewogene Risikopolitik auf Basis der erarbeiteten Kreditstrategie wird im nächsten Geschäftsjahr dazu beitragen, dass die verbesserte Ertragskraft auch zu einer Stärkung der Eigenmittelausstattung führt.

Eine Reduktion der risikogewichteten Aktiva ist beabsichtigt durch eine Optimierung der Besicherungssituation im Kreditbereich. Die geplanten Wachstumssteigerungen bei den Ausleihungen werden durch geeignete Maßnahmen bei der RWA-Entwicklung neutralisiert.

Bei konsequenter Umsetzung der geplanten Maßnahmen und unter der Voraussetzung, dass keine außerordentlichen oder derzeit nicht vorhersehbaren Ereignisse zu einer Beeinträchtigung der Ertragskraft führen, gehen wir davon aus, dass die gemeinsam erarbeiteten Ziele erreicht werden. Eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung der Volksbank Wien-Baden AG ist damit zu erwarten.

Der Fusionsplan des Gruppentagbeschlusses vom 7. November 2014 sieht für die Volksbank Wien-Baden AG folgende Zusammenschlüsse bis 2017 vor:

- Volksbank Niederösterreich Süd eG
- Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
- Volksbank Weinviertel e.Gen.
- Volksbank Marchfeld e.Gen.
- Volksbank Obersdorf – Wolkersdorf – Deutsch-Wagram e.Gen.
- Volksbank Südburgenland eG

Für 2015 sind neben der Übernahme der Verbundfunktionen von der ÖVAG Fusionen mit der Volksbank Ost reg.Gen.m.b.H. und mit der Volksbank Obersdorf – Wolkersdorf – Deutsch – Wagram e.Gen. geplant.

Wien, am 10. April 2015
Volksbank Wien-Baden AG



Dir. Josef Preissl



Dir. Mag. Wolfgang Schauer

DER VORSTAND



DIR. JOSEF PREISSL

geb. 2.3.1959, Mistelbach an der Zaya

Berufslaufbahn:

1978

Eintritt in die Volksbank AG am Schalter und in der Wertpapierabteilung, Grundausbildung Wertpapiergeschäft

1982

Referent in der Kreditverwaltung

1984

Leiter der Gruppe Kreditkorrespondenz

1987

Verleihung der Prokura, Übernahme der Abteilungsleitung Kreditadministration (Kreditverwaltung, Problemerkreditbearbeitung, Förderungsabwicklung, KMU-Finanzierungen, Wechselabrechnungen)

1988 - 2005

Vorstand der Immo-Bank AG

Sept. 2004 – Sept. 2013

Vorstand der Volksbank Wien AG

Okt. 2013 – Mai 2015

Vorstandsvorsitzender der Volksbank Wien-Baden AG

ab Juni 2015

Stv. Vorstandsvorsitzender der Volksbank Wien-Baden AG

DIR. WOLFGANG LAYR

geb. 22.10.1962, Wien

Berufslaufbahn:

1986 - 1989

ÖVAG-Wertpapier-Analyse und Volksbankenbetreuung

ab 1988

Einstieg ins Fondsmanagement (Aktien und gemischte Fonds)

1989 - 1993

Fondsmanagement und Prokurist der VB-KAG

1993 - 1998

Fondsmanagement und Geschäftsführer der VB-KAG

1997 - 2004

Vorstand der Volksbanken Consulting für Anlagemanagement Bank AG

ab 1998

Bereichsleiter ÖVAG (Dienstleistungen, Wertpapiere und Zahlungsverkehr)

1999 - 2003

Geschäftsführer der Back Office Service für Banken GmbH

Okt. 2004 – Sept. 2013

Vorstand der Volksbank Wien AG

Okt. 2013 – März 2015

Vorstand der Volksbank Wien-Baden AG

ab April 2015

Direktor der Volksbank Wien-Baden AG

DIR. ERICH FUKER

geb. 4.6.1958, Mödling

Berufslaufbahn:

1977

Eintritt in die Volksbank Mödling

1979 - 1981

stv. Schalterleiter in der Geschäftsstelle Mödling

1982 - 1992

Filialleiter der Geschäftsstelle Wiener Neudorf

1992 - 2003

Bereichsleiter für den Marktbereich Mödling-Liesing

2004 - Mai 2009

Geschäftsleiter / Vorstand in der Volksbank Baden

Juni 2009 - Sept. 2013

Vorstandsvorsitzender der Volksbank Baden e.Gen.

Okt. 2013 - März 2015

Vorstand der Volksbank Wien-Baden AG

ab April 2015

Direktor der Volksbank Wien-Baden AG

ORGANE UND GREMIEN

VORSTAND

Vorstandsdirektor Josef Preissl
Vorsitzender bis 31. 5. 2015

Vorstandsdirektor Wolfgang Layr
bis 31. 3. 2015

Vorstandsdirektor Erich Fuker
bis 31. 3. 2015

VORSTAND NEU

Vorstandsdirektor DI Gerald Fleischmann
Vorstandsvorsitzender ab 1.6.2015

Vorstandsdirektor Josef Preissl
Stv. Vorstandsvorsitzender ab 1.6.2015

Vorstandsdirektor Mag. Wolfgang Schauer
Vorstandsdirektor ab 1.4.2015

AUFSICHTSRAT

Prof. Mag. Dr. Leo W. Chini
Universitätsprofessor (Vorsitzender)

Direktor Otto Zeller, MBA
Volksbank Salzburg (1. Vorsitzender-Stv.)

Franz Gartner
3. Landtagspräsident (2. Vorsitzender-Stv.)

Vorstandsdirektor KR Mag. Harald Berger
Volksbank Südburgenland

Prof. Mag. August Breiningner
Altbürgermeister Baden

Vorstandsdirektor Werner Foidl
Volksbank Kufstein-Kitzbühel

Vorstandsdirektor Mag. Martin Holzer
Volksbank Landeck

Vorstandsdirektor Mag. Markus Hörmann
Volksbank Tirol Innsbruck-Schwaz

Mag. Dr. Alfons Klebl
Stadtamtsdirektor Traiskirchen

Vorstandsdirektor Dr. Rainer Kuhnle
Volksbank Niederösterreich-St. Pölten-Krems-Zwettl

Vorstandsdirektor Mag. Anton Pauschenwein
Volksbank Niederösterreich Süd

Vorstandsdirektor Rudolf Riener
Volksbank Weinviertel

Dr. Nina Rittmann-Müller
Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung

Vorstandsdirektor Mag. Dr. Johannes Monsberger
Volksbank Steiermark-Mitte

VOM BETRIEBSRAT DELEGIERT

Gerlinde Weilguni
Betriebsratsvorsitzende

Stefan Felbermayer
Ingrid Laki

Eva-Maria Kohout-Lintner

Rainer Obermayer

Christian Rudorfer

Manfred Worschischek

STAATSKOMMISSÄRE

Oberrat DI Dietmar Mitteregger
Staatskommissär

Mag. Helga Ruhdorfer
Staatskommissär-Stellvertreterin

PROKURISTEN

Ing. Mag. Alland Günter

Bieringer Walter

Blüml Josef

Bregesbauer Bernhard

Böhm Peter

Mag. Eichinger Karin

Eisner Wilhelm

Enzfelder Elisabeth

Fuker Erich

Grill Anita

Herold Andreas

Mag. Hirtl Hans-Peter

Hoppel Johann

Mag. MBA Hronek Peter

Jina Franz

Kufner Anton

Layr Wolfgang

Lengauer Hannes

Rhein Thomas

Ribisch Martin

DI Rosar Martin

Schantz Thomas

Mag. Schrattenbach Manfred

Steindorfer Hannes

Tabojer Anita

Mag. Wangel Wolfgang

Wolloner Brigitte

Zusätzlich zu den Anforderungen gem BWG sind ab 22.05.2013 die Bestimmungen der „Fit & Proper-Guidelines“ der EBA anzuwenden. Diese Guidelines regeln die Auswahl und Beurteilung von Mitgliedern des Leitungs- und Aufsichtsorgans bzw. die Identifikation und Beurteilung der Inhaber von Schlüsselfunktionen sowie die Sicherstellung deren Eignung. Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben die erforderlichen Unterlagen und Nachweise erbracht.

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2014 neben der vorgesehenen Aufsichtstätigkeit über die Geschäftsführung insbesondere die Fusion der Volksbank Wien-Baden AG mit der Gärtnerbank, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung als Sacheinlage in die Volksbank Wien-Baden AG begleitet.

Mit Einbringungs- und Sacheinlagvertrag vom 22. September 2014 wurde rückwirkend per 1. Jänner 2014 der Bankbetrieb der Gärtnerbank, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung gemäß dem § 92 Abs. 2 und Abs. 3 Z 2 BWG, nach den Grundsätzen des Umgründungssteuergesetzes unter Anwendung des Art. III UmgrStG als Sacheinlage eingebracht. Gemäß § 92 Abs. 4 BWG bewirkte die Einbringung den Rechtsübergang im Wege der Gesamtrechtsnachfolge, die mit 24. Oktober 2014 rechtswirksam wurde.

Zur Erzielung von Synergieeffekten wurde im Volksbanken-Sektor das Verbundmodell neu beschlossen. Dieses sieht die Reduktion auf acht regionale Volksbanken und bis zu drei Spezialinstitute vor. Der beschlossene Fusionsplan sieht die Einbringung von sechs regionalen Volksbanken in die Volksbank Wien-Baden AG vor.

Im vierten Quartal 2014 wurde neben den vorgesehenen Aufsichtstätigkeiten vertiefend die Neuordnung des Volksbankensektors begleitet. In der derzeitigen Struktur würde die ab 26. Juli 2015 gemäß Beschluss zu erfüllende SREP-Quote von 14,63 % CET1 auf konsolidierter Basis für den Volksbanken-Verbund nicht erreicht werden.

Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Umwandlung der Österreichischen Volksbanken-AG (ÖVAG) in eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG und die damit verbundene Spaltung der Zentralorganisationsfunktionen in die Volksbank Wien-Baden AG, sollen dazu dienen, die Risikostruktur des neuen Verbundes wesentlich zu verbessern. Der Vorstand der ÖVAG geht davon aus, dass für diesen neuen Verbund die aktuell vorgesehene CET1-Quote nicht mehr den Risikogehalt des Verbundes widerspiegelt und dass sich daher die im Beschluss vorgeschriebene Quote deutlich verringern und damit die Erfüllbarkeit der Kapitalanforderungen gegeben sein wird.

Im Beschluss der EZB wird dazu festgehalten, dass, wenn die ÖVAG vor dem 26. Juli 2015 feststellt, dass die Restrukturierung erfolgreich durchgeführt wurde, die EZB prüfen wird, wie sie die derzeitige SREP-Quote ändern kann.

Vorbereitend wurde mit 2. Oktober 2014 vom Vorstand der ÖVAG ein Grundsatzbeschluss über die Spaltung des Spitzeninstitutes Österreichische Volksbanken-AG gefasst, mit dem Ziel, jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbunds erfüllt, an eine große regionale Volksbank zu übertragen. Beabsichtigt ist die Übernahme der Verbundfunktionen durch die Volksbank Wien-Baden AG.

Zur Begleitung der Übertragung der Zentralorganisations- und der Zentralinstitutsaufgaben im Sinne des § 30a BWG sowie der für die Primärstufe des Volksbankensektors erbrachten Serviceaufgaben in die Volksbank Wien-Baden AG wurde in der außerordentlichen Aufsichtsratsitzung vom 24. Oktober 2014 ein entsprechender Ausschuss eingerichtet.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2014 neben vier ordentlichen Sitzungen in drei außerordentlichen Sitzungen sowie in weiteren Besprechungen über die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung und der beabsichtigten Einbringungen der Bankbetriebe informiert. Die laufenden Berichte des Vorstandes wurden zur Kenntnis genommen und die im Geschäftsjahr 2014 notwendigen Beschlüsse gefasst.

Der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss zum 31.12.2014 und der Lagebericht wurden vom Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) geprüft. Diese Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht zur Kenntnis genommen und den Jahresabschluss gemäß § 96 Abs. 4 des Aktiengesetzes festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den MitarbeiterInnen für die geleistete Arbeit.

Wien, im April 2015



Hon. Prof. Mag. Dr. Leo W. Chini
Vorsitzender des Aufsichtsrates

GESCHÄFTSSTELLEN



Zentrale Volksbank Wien-Baden AG

Schottengasse 10
1010 Wien
T: 01 / 401 37-0
E-Mail: filialen@vbwienbaden.at



Alexander Grasel, Filialleiter

Operngasse 8
1010 Wien
T: 01 / 20 507
E-Mail: operngasse@vbwienbaden.at



Andrea Sobotka, Filialleiterin

Quellenstraße 123
1100 Wien
T: 01 / 604 34 01
E-Mail: quellenstrasse@vbwienbaden.at



Gerhard Blak, Filialleiter

Schottenring 1
1010 Wien
T: 01 / 315 11 88
E-Mail: schottenring@vbwienbaden.at



Renate Hainka, Filialleiterin

Simmeringer Hauptstraße 181
1110 Wien
T: 01 / 767 51 17
E-Mail: info@vbwienbaden.at



Sandra Koch, Filialleiterin

Franz-Josefs-Kai 13
1010 Wien
T: 01 / 533 86 08
E-Mail: schwedenplatz@vbwienbaden.at



Christiane Spiegel, Filialleiterin

Meidlinger Hauptstraße 15
1120 Wien
T: 01 / 815 02 15
E-Mail: meidling@vbwienbaden.at



Sandra Koch, Filialleiterin

Taborstraße 44
1020 Wien
T: 01 / 219 78 54
E-Mail: taborstrasse@vbwienbaden.at



Christine Blahota, Filialleiterin

Feldkellergasse 16
1130 Wien
T: 01 / 804 51 78
E-Mail: feldkellergasse@vbwienbaden.at



Renate Hainka, Filialleiterin

Landstraßer Hauptstraße 47-49
1030 Wien
T: 01 / 712 51 66
E-Mail: landstrasse@vbwienbaden.at



Andreas Ledwinka, Filialleiter

Hietzinger Hauptstraße 1
1130 Wien
T: 01 / 876 89 43
E-Mail: hietzing@vbwienbaden.at



Norbert Eilenberger, Filialleiter

Wiedner Hauptstraße 50
1040 Wien
T: 01 / 586 13 57
E-Mail: wieden@vbwienbaden.at



Christian Kaiser, Filialleiter

Hütteldorfer Straße 110
1140 Wien
T: 01 / 982 32 66
E-Mail: huettdorf@vbwienbaden.at



Erwin Danek, Filialleiter

Mariahilfer Straße 27
1060 Wien
T: 01 / 581 17 27
E-Mail: mariahilf.27@vbwienbaden.at



Gernot Strecker, Filialleiter

Mariahilfer Straße 150
1150 Wien
T: 01 / 892 34 46
E-Mail: mariahilf.150@vbwienbaden.at



Karl Kaun, Filialleiter

Alserbachstraße 39
1090 Wien
T: 01 / 319 37 32
E-Mail: alserbachstrasse@vbwienbaden.at



Wolfgang Kunc, Filialleiter

Paltaufgasse 16
1160 Wien
T: 01 / 486 22 53
E-Mail: paltaufgasse@vbwienbaden.at

GESCHÄFTSSTELLEN



Wolfgang Sohm, Filialleiter

Hernalser Hauptstraße 97
1170 Wien
T: 01 / 484 86 68
E-Mail: hernals@vbwienbaden.at



Mag. Richard Hämmerle, Filialleiter

Gersthofener Straße 63
1180 Wien
T: 01 / 470 78 74
E-Mail: gersthof@vbwienbaden.at



Thomas Schultz, Filialleiter

Gatterburggasse 16
1190 Wien
T: 01 / 368 01 81
E-Mail: gatterburggasse@vbwienbaden.at



Mario Nolte, Filialleiter

Hellwagstraße 9
1200 Wien
T: 01 / 334 11 11
E-Mail: hellwagstrasse@vbwienbaden.at



Karl Trausmüller, Filialleiter

Brünner Straße 175
1210 Wien
T: 01 / 292 12 88
E-Mail: bruennerstrasse@vbwienbaden.at



Stefan Hodits, Filialleiter

Floridsdorfer Hauptstraße 43
1210 Wien
T: 01 / 278 14 43
E-Mail: floridsdorferstrasse@vbwienbaden.at



Wolfgang Lettenbichler, Filialleiter

Siegesplatz 10
1220 Wien
T: 01 / 282 75 11
E-Mail: siegesplatz@vbwienbaden.at



Christian Rudorfer, Filialleiter

Wagrainer Straße 135
1220 Wien
T: 01 / 203 31 20
E-Mail: wagrainerstrasse@vbwienbaden.at



Christian Rudorfer, Filialleiter

Kagranner Platz 48
1220 Wien
T: 01 / 204 10 41
E-Mail: kagran@vbwienbaden.at



Manfred Nemeč, Filialleiter

Altmannsdorfer Straße 220
1230 Wien-Erlaa
T: 01 / 667 45 66
E-Mail: erlaa@vbwienbaden.at



Wolf Dieter Pogats, Filialleiter

Lehmannngasse 7
1230 Wien-Liesing
T: 01 / 869 24 21
E-Mail: liesing@vbwienbaden.at



Bruno Hornung, Filialleiter

Ketzergasse 39
1230 Wien-Siebenhirten
T: 01 / 699 11 66
E-Mail: siebenhirten@vbwienbaden.at



Thomas Hauser, Filialleiter

Hauptstraße 22
2201 Gerasdorf
T: 02246 / 31 44
E-Mail: gerasdorf@vbwienbaden.at



Martin Reich, Filialleiter

Freiheitsplatz 5-6
2340 Mödling
T: 02236 / 47 131
E-Mail: moedling@vbwienbaden.at



Michael Billensteiner, Filialleiter

Leopold Gattringer Straße 18
2345 Brunn am Gebirge
T: 02236 / 31751
E-Mail: brunn@vbwienbaden.at



Manfred Bednarik, Filialleiter

Europaplatz 1
2351 Wr. Neudorf
T: 02236 / 62 428
E-Mail: wr.neudorf@vbwienbaden.at



Andreas Bertalan, Filialleiter

Hofstraße 11
2361 Laxenburg
T: 02236 / 710 286
E-Mail: laxenburg@vbwienbaden.at



Christian Holzapfel, Filialleiter

Hauptstraße 43
2371 Hinterbrühl
T: 02236 / 23 467
E-Mail: hinterbruehl@vbwienbaden.at

Volksbank Wien-Baden – IHR PARTNER IN WIEN UND UMGEBUNG



Dipl.-BW Nicole Schillig, Filialleiterin

Marktplatz 14a
2380 Perchtoldsdorf
T: 01 / 869 02 14
E-Mail: perchtoldsdorf@vbwienbaden.at



Christian Kompas, Filialleiter

Wv. Neustädter Straße 6
2542 Kottingbrunn
T: 02252 / 77 665
E-Mail: kottingbrunn@vbwienbaden.at



Sarolta Marton, Filialleiterin

Bahnstraße 2
2483 Ebreichsdorf
T: 02254 / 72 232
E-Mail: ebreichsdorf@vbwienbaden.at



Johannes Weinbauer, Filialleiter

Hauptstraße 16-18
2544 Leobersdorf
T: 02256 / 62 740
E-Mail: leobersdorf@vbwienbaden.at



Christian Neuhser, Filialleiter

Marktplatz 5
2486 Pottendorf
T: 02623 / 72 373
E-Mail: pottendorf@vbwienbaden.at



Johann Berger, Filialleiter

Hauptstraße 8
2551 Enzesfeld
T: 02256 / 81 521
E-Mail: enzesfeld@vbwienbaden.at



Bernhard Eisenkirchner, Filialleiter

Hauptplatz 9-13
2500 Baden
T: 02252 / 88 300
E-Mail: baden@vbwienbaden.at



Marlene Heindl, Filialleiter

Hernsteiner Straße 2
2560 Berndorf
T: 02672 / 82 217
E-Mail: berndorf@vbwienbaden.at



Werner Fiala, Filialleiter

Mühlgasse 54
2500 Baden-Leesdorf
T: 02252 / 80 524
E-Mail: leesdorf@vbwienbaden.at



Monika Schwarz, Filialleiterin

Hauptstraße 59
2560 St. Veit
T: 02672 / 87 767
E-Mail: st.veit@vbwienbaden.at



Bettina Tazl, Filialleiterin

Adlitzer Straße 51
2513 Traiskirchen-Möllersdorf
T: 02252 / 54 754
E-Mail: moellersdorf@vbwienbaden.at



Manfred Worschiscek, Filialleiter

Hauptplatz 4
3002 Purkersdorf
T: 02231 / 634 71
E-Mail: purkersdorf@vbwienbaden.at



Martha Heinrich, Filialleiterin

Hauptstraße 20
2522 Oberwaltersdorf
T: 02253 / 62 12
E-Mail: oberwaltersdorf@vbwienbaden.at



Alexandra Willer, Filialleiterin

Hauptstraße 11a
3021 Pressbaum
T: 02233 / 528 11
E-Mail: pressbaum@vbwienbaden.at



Herbert Lameraner, Filialleiter

Hauptplatz 31
2534 Alland
T: 02258 / 22 40
E-Mail: alland@vbwienbaden.at



Richard Hofstädter, Filialleiter

Stadtplatz 11
3400 Klosterneuburg
T: 02243 / 321 16
E-Mail: klosterneuburg.stadtplatz@vbwienbaden.at



Urs Meier, Filialleiter

Schloßplatz 4
2540 Bad Vöslau
T: 02252 / 76 480
E-Mail: bad.voeslau@vbwienbaden.at



Mag. Harald Gartner, Filialleiter

Weidlinger Straße 2
3400 Klosterneuburg
T: 02243 / 364 47
E-Mail: klosterneuburg.weidling@vbwienbaden.at

BILANZ ZUM 31.12.2014

Aktiva	€	€	€	Vorjahr in T €	
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern			31.057.282,77		32.431
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind:		10.532.547,07		5.397	
a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere					
b) zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassene Wechsel		--,--	10.532.547,07	--	5.397
3. Forderungen an Kreditinstitute				1.044.734	
a) täglich fällig		773.963.519,69		132.668	1.177.402
b) sonstige Forderungen		6.662.252,86	780.625.772,55		
4. Forderungen an Kunden			2.404.335.991,78		2.226.259
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				--	
a) von öffentlichen Emittenten		--,--		--	
b) von anderen Emittenten		46.307.593,10	46.307.593,10	186.511	186.511
darunter: eigene Schuldverschreibungen		--,--		--	
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			23.832.936,71		87.929
7. Beteiligungen			10.764.266,23		12.351
darunter: an Kreditinstituten	7.793.319,23			6.885	
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			6.803.620,79		6.734
darunter: an Kreditinstituten	--,--			--	
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens			9.980,13		30
10. Sachanlagen			51.287.472,51		44.457
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden	25.360.329,97			22.789	
11. Eigene Aktien oder Anteile sowie Anteile an einer herrschenden oder an mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft			--,--		--
darunter: Nennwert	--,--			--	
12. Sonstige Vermögensgegenstände			11.700.784,25		13.790
13. Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist			--,--		--
14. Rechnungsabgrenzungsposten			8.152.010,22		8.069
darunter: Steuerabgrenzung gemäß § 198 UGB	5.754.852,75			6.958	
Summe der Aktiva			3.385.410.258,11		3.801.368
Posten unter der Bilanz					
1. Auslandsaktiva			74.861.558,02		43.926
Passiva					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		19.681.514,03		30.360	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		55.474.448,23	75.155.962,26	275.027	305.387
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				1.463.006	
a) Spareinlagen		1.469.460.246,69			
darunter:					
aa) täglich fällig	380.407.487,58			346.606	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.089.052.759,11			1.116.400	
b) Sonstige Verbindlichkeiten		1.591.913.141,36	3.061.373.388,05	1.770.267	3.233.273
darunter:					
aa) täglich fällig	1.362.778.201,18			1.448.632	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	229.134.940,18			321.634	
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		4.895.000,00		--	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		--,--	4.895.000,00	37.173	37.173
4. Sonstige Verbindlichkeiten			6.430.863,59		6.708
5. Rechnungsabgrenzungsposten			193.225,83		224

Passiva	€	€	€	Vorjahr in T €	
6. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Abfertigungen		8.300.115,00		7.007	
b) Rückstellungen für Pensionen		5.435.948,03		5.420	
c) Steuerrückstellungen		--,--		--,--	
d) sonstige		14.596.961,48	28.333.024,51	15.199	27.627
6. A Fonds für allgemeine Bankrisiken			9.500.000,00		2.762
7. Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel 1 Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			30.726.000,00		13.659
8. Zusätzliches Kernkapital gemäß Teil 2 Titel 1 Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			--,--		7.527
8a. Pflichtwandelschuldverschreibungen gemäß § 26 BWG			--,--		--,--
8b. Instrumente ohne Stimmrechte gemäß § 26a BWG			--,--		--,--
9. Gezeichnetes Kapital			56.454.375,00		72.483
10. Kapitalrücklagen					
a) gebundene		42.622.567,71		38.858	
b) nicht gebundene		--,--	42.622.567,71	--	38.858
11. Gewinnrücklagen					
a) gesetzliche Rücklage		--,--		--	
b) satzungsmäßige Rücklagen		--,--		--	
c) andere Rücklagen		25.060.783,84	25.060.783,84	14.239	14.239
12. Hafrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG			35.877.671,37		32.784
13. Bilanzgewinn			6.855.923,87		6.618
14. unbesteuerter Rücklagen					
a) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen		1.876.905,04		1.967	
b) sonstige unbesteuerter Rücklagen darunter:		54.567,04	1.931.472,08	72	2.040
aa) Investitionsrücklage gemäß § 9 EStG 1988	--,--			--	
bb) Investitionsfreibetrag gemäß § 10 EStG 1988	--,--			--	
cc) Mietzinsrücklage gemäß § 11 EStG 1988	--,--			--	
dd) Übertragungsrücklage gemäß § 12 EStG 1988	--,--			--	
Summe der Passiva			3.385.410.258,11		3.801.368
Posten unter der Bilanz					
1. Eventualverbindlichkeiten			227.904.851,47		231.268
darunter:					
a) Akzepte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	--,--			--	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten		227.904.851,47		231.268	
2. Kreditrisiken			325.301.763,35		330.195
darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	--,--			--	
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften			2.751.820,87		1.705
4. Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			208.004.133,15		197.777
darunter: Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel 1 Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	--,--			--	
5. Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013					
darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (harte Kernkapitalquote in %)	--,--			--	
darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Kernkapitalquote in %)	--,--			--	
darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtkapitalquote in %)	--,--			--	
6. Auslandspassiva			62.967.383,05		58.026

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2014

	€	€	€	Vorjahr in T €	
1. Zinsen und ähnliche Erträge			85.188.600,86	86.718	
darunter:					
aus festverzinslichen Wertpapieren	4.358.915,62			9.179	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-29.884.265,05	-36.413	
I. Nettozinsertrag			55.304.335,81	50.304	
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen					
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren		1.781.485,68		2.876	
b) Erträge aus Beteiligungen		311.183,59		241	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen		350.853,08	2.443.522,35	290	3.408
4. Provisionserträge			35.941.811,09	33.654	
5. Provisionsaufwendungen			-2.692.141,02	-2.681	
6. Erträge aus Finanzgeschäften			380,80	415	
7. Sonstige betriebliche Erträge			2.232.914,99	1.820	
II. Betriebserträge			93.230.824,02	86.921	
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand		-42.363.262,27		-39.535	
darunter:					
aa) Löhne und Gehälter	-30.744.983,37			-28.588	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-8.361.472,21			-7.942	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-774.417,15			-656	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.113.331,75			-1.050	
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	312.309,00			153	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	-1.681.366,79			-1.451	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		-26.549.035,64	-68.912.297,91	-25.284	-64.819
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände			-4.881.704,46	-3.649	
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-1.103.683,39	-1.046	
III. Betriebsaufwendungen			-74.897.685,76	-69.515	
IV. Betriebsergebnis			18.333.138,26	17.406	
11. + 12. Saldo aus Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten.			-530.617,14	-4.260	

	€	€	€	Vorjahr in T €		
13. + 14. Saldo aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, sowie Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind.			1.369.129,51			-4.554
V. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			19.171.650,63			8.591
15. Außerordentliche Erträge		2.850.000,00				--
darunter:						
Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	--,--			--		
16. Außerordentliche Aufwendungen		-6.737.234,65				--
darunter:						
Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-6.737.234,65			--		
17. Außerordentliches Ergebnis (Zwischensumme aus Posten 15 und 16)			-3.887.234,65			--
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag			-2.033.945,42			382
19. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 18 auszuweisen			-1.517.090,11			-800
VI. Jahresüberschuss			11.733.380,45			8.173
Rücklagenbewegung	Dotierung (-)	Auflösung (+)		Dot. (-)	Aufl. (+)	
a) gebundene Kapitalrücklagen						
b) nicht gebundene Kapitalrücklagen						
c) gesetzliche Gewinnrücklage						
d) satzungsmäßige Gewinnrücklagen						
e) andere Gewinnrücklagen	-5.029.251,68			-1.688		
f) Haftrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG						
g) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen		107.508,02			103	
h) Investitionsrücklage gemäß § 9 EStG 1988						
i) Investitionsfreibetrag gemäß § 10 EStG 1988						
j) Mietzinsrücklage gemäß § 11 EStG 1988						
k) Übertragungsrücklage gemäß § 12 EStG 1988		31.309,68			23	
l) andere unversteuerte Rücklagen						
20. Rücklagenbewegung	-5.029.251,68	138.817,70	-4.890.433,98	-1.688	126	-1.561
VII. Jahresgewinn			6.842.946,47			6.612
21. Gewinnvortrag			12.977,40			6
VIII. Bilanzgewinn			6.855.923,87			6.618

Wien, am 10. April 2015
Volksbank Wien-Baden AG


Dir. Josef Preissl
Vorstand


Dir. Mag. Wolfgang Schauer
Vorstand

Dem unverkürzten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 der Volksbank Wien-Baden AG wurde durch die Revisoren des Österreichischen Genossenschaftsverband (Schultze-Delitzsch) am 10. April 2015 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Der unverkürzte Jahresabschluss wurde beim zuständigen Firmenbuchgericht, dem Handelsgericht Wien, eingereicht. Die Veröffentlichung im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" erfolgte in der Ausgabe vom 11. Juni 2015.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 2014

Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden auf volle Tausend Euro gerundet und sind im Anhang in Klammern angemerkt, in der Summenbildung sind daher Rundungsdifferenzen nicht auszuschließen. Die Vorjahreswerte sind auf Grund der Einbringung des Bankbetriebes der Gärtnerbank, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung in die Volksbank Wien-Baden AG nicht vergleichbar.

1. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgte nach den Bestimmungen des Bankwesengesetzes und des Unternehmensgesetzbuches. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Generalnorm aufgestellt, die die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens fordern.

Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes Rechnung getragen.

Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden im Betrag von EUR 5.128.206,90 (0 T€) dem Anlagevermögen gewidmet, weil diese Bestände dem Unternehmen nunmehr längerfristig dienen. Bei der Berechnung der Abfertigungsrückstellung nach finanzmathematischen Grundsätzen und der Pensionsrückstellung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen wurde der Rechnungszinssatz von 2,5% auf 2,25% geändert. Dadurch erhöhte sich die Abfertigungsrückstellung um EUR 131.461,00 und die Pensionsrückstellung um EUR 94.584,00.

Die Form der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde auf Grund der BWG Änderungen angepasst. Die Vorjahreswerte der Passivpositionen 3., 7., 8. und 9. sind nicht vergleichbar, da auf Grund der gesetzlichen Änderungen der Anlage 2 zu Artikel I § 43 Umgliederungen erfolgten.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen wurden mit dem entsprechenden Mittelkurs bewertet. Devisentermingeschäfte wurden grundsätzlich mit dem Devisenterminkurs angesetzt.

2. RESTRUKTURIERUNG DES VOLKSBANKENSEKTORS, MASSNAHMEN AUF GRUND DES STRESSTEST DER EZB ZUR SICHERUNG DER UNTERNEHMENSFORTFÜHRUNG

Die Volksbanken haben sich gemeinsam mit der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft zu einem Kreditinstitute-Verbund nach § 30a BWG zusammengeschlossen, der mit

1. Oktober 2012 in Kraft getreten ist.

Die Volksbank ist als zugeordnetes Kreditinstitut Teil des Kreditinstitute-Verbundes (Haftungs- und Liquiditätsverbund) mit der Österreichischen Volksbanken-AG als Zentralorganisation iSd § 30a BWG.

Die Leistungsverpflichtung der einzelnen, zugeordneten Kreditinstitute aus dem Haftungsverbund beschränkt sich auf jenen Betrag, den das zugeordnete Kreditinstitut leisten kann, ohne unter die in den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für einzelne Kreditinstitute, die keinem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG angehören, vorgesehenen Mindesteigenmittelerfordernisse zu fallen. Darüber hinaus übernimmt die Volksbank für eine allenfalls gewährte Bundeshaftung für die Zentralorganisation eine anteilige Ausfallhaftung für die von der Zentralorganisation dafür zu leistende Haftungsprovision.

Die EZB hat am 4. November 2014 die direkte Aufsicht über die größten 130 europäischen Banken übernommen. Im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtsgenden wurden diese Banken umfangreichen Prüfungen – dem „comprehensive assessment“ (CA) – unterzogen. Der österreichische Volksbanken-Verbund wurde als eine von sechs österreichischen Institutsgruppen geprüft. Die von der EZB für den Volksbanken-Verbund errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung beträgt EUR 864,72 Mio., wobei die Zukunftspläne des Volksbanken-Verbundes allerdings nicht berücksichtigt wurden.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt. Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken Verbundes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG. Der Vorstand der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft hat im Oktober 2014 den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut Österreichische Volksbanken-AG wird geteilt. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbundes erfüllt, werden an eine große regionale Volksbank übertragen.

Beabsichtigt ist die Übernahme dieser Verbundfunktionen durch die Volksbank Wien-Baden AG. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbankenverbund zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Jene Mitarbeiter der ÖVAG, welche für die Übernahme der Verbund- und Servicefunktionen erforderlich sind, sollen von der Volksbank Wien-Baden AG übernommen werden. Die notwendigen Aktiva und Passiva, welche unter anderem für die Liquiditätssteuerung des Verbundes und das

Konsortialgeschäft notwendig sind, betragen rund EUR 8,5 Mrd. und werden auf die Volksbank Wien-Baden AG abgespalten. Wegen der Übernahme dieser Aktiva und Passiva wird eine Kapitalerhöhung in Höhe von rund EUR 120 Mio. vorgenommen. Dieses Kapital soll vom Volksbankenverbund aufgebracht werden. Um die risikopolitischen Leitlinien im Kreditgeschäft seitens der Volksbank Wien-Baden AG einhalten zu können, werden von den Volksbanken Garantien zugunsten der Volksbank Wien-Baden AG abgegeben. Die zukünftigen Verbundkosten werden vom gesamten Volksbankensektor getragen und durch eine abschließende Kostenübernahmevereinbarung geregelt. Die Reduktion dieser Kosten ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Neustart und stellt eine große Herausforderung für den gesamten Volksbankenverbund dar.

Weiters sieht der ÖVAG-Plan vor, dass die „Rest-ÖVAG“ im ersten Halbjahr 2015 aus dem Haftungsverbund ausscheidet, die Banklizenz zurücklegt und final abgewickelt wird. Nach Zurücklegung der Banklizenz würde die ÖVAG nicht mehr der Bankenaufsicht und dem Regime der Eigenkapitalregeln für Banken unterliegen. Die Umsetzung dieser Restrukturierungspläne steht unter dem Vorbehalt aufsichtsrechtlicher und EU-beihilferechtlicher Genehmigungen.

Gemäß dem Grundsatzbeschluss der Volksbanken am Gruppentag vom 2. Oktober bzw. 7. November 2014 sollen durch Zusammenschlüsse von kleinen und mittleren Instituten acht starke Regionalbanken entstehen, die künftig eng miteinander kooperieren. Ergänzt werden diese zukünftig durch drei Spezialinstitute. Durch die oben beschriebenen Maßnahmen und Umstände ist davon auszugehen, dass der Verbund und somit auch die einzelnen Mitglieder in Zukunft weiter bestehen werden.

Auf Basis der von der EZB errechneten Kapitallücke ergibt sich gemäß dem der ÖVAG übermittelten Beschluss, dass dem Volksbanken-Verbund ab 26. Juli 2015 eine SREP-Quote von 14,63 % CET1 auf konsolidierter Basis für den Volksbanken-Verbund vorgeschrieben wird. Die aktuelle Vorschau zeigt, dass diese Quote in der derzeitigen Struktur nicht erreicht werden wird. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft und die damit verbundene Abspaltung der Zentralorganisationsfunktionen in die Volksbank Wien-Baden, sollen dazu dienen, die Risikostruktur des neuen Verbundes wesentlich zu verbessern. Es ist aber davon auszugehen, dass für diesen neuen Verbund die aktuell vorgesehenen CET1-Quoten nicht mehr den Risikogehalt des Verbundes widerspiegeln und der Vorstand der ÖVAG geht daher davon aus, dass sich die von der EZB vorgeschriebene Eigenmittelquote deutlich verringert. Damit ist eine Erfüllbarkeit der Kapitalanfor-

derungen zu erwarten. Im Beschluss der EZB wird dazu festgehalten, dass, wenn die ÖVAG vor dem 26. Juli 2015 feststellt, dass die Restrukturierung erfolgreich durchgeführt wurde, die EZB prüfen wird, wie sie die derzeitige SREP-Quote ändern kann. Es bestehen maßgebliche Geschäftsbeziehungen mit der ÖVAG in Form von Forderungen an Kreditinstituten in Höhe von € 764.701.248,67 (1.174.762 T€), Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von € 2.145.716,52 (184.556 T€), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von € 56.438.807,09 (276.008 T€) und Verbindlichkeiten aus der Bestellung von Sicherheiten in Höhe von € 115.023.291,89 (96.259 T€).

3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Im Geschäftsjahr 2014 wurde der Bankbetrieb der Gärtnerbank registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung gemäß § 92 Abs. 2 und Abs. 3 Z 2 BWG in die Volksbank Wien-Baden AG im Wege der Gesamtrechtsnachfolge gemäß § 92 Abs. 4 BWG unter Zugrundelegung der unternehmensrechtlichen und steuerrechtlichen Bilanz per 31. Dezember 2013 eingebracht. Im Zusammenhang mit der Einbringung des Unternehmens der Gärtnerbank registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung wurde das Grundkapital der Volksbank Wien-Baden AG von € 54.739.968,75 um € 1.714.406,25 auf € 56.454.375,00 durch Ausgabe von 18.287 neuen Stückaktien erhöht.

Die internationale Ratingagentur für Bankratings- FitchRatings - hat am 7. August 2014 für den Volksbanken Verbund und die Volksbanken das Langfrist-Rating von „A“ bestätigt, jedoch den Negativausblick beibehalten.

Der Ansatz von Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und sonstigen Anteilsrechten erfolgte zu Anschaffungskosten unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips. Die indirekte Beteiligung am Spitzeninstitut wurde unter Berücksichtigung einer der ehemaligen Gärtnerbank registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, gewährten Garantie vom Gemeinschaftsfonds des österreichischen Volksbankensektors im Ausmaß von € 8.846.666,98 (5.943 T€) auf den niedrigeren Teilwert abgeschrieben. Die Garantie des Gemeinschaftsfonds bestand zum 31.12.2014 in Höhe von € 2.850.000,00.

Der Ansatz der in anderen Aktivposten enthaltenen Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgte zum gemilderten Niederstwertprinzip. Vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung gemäß § 56 Abs. 2 bzw. 3 BWG wurde Gebrauch gemacht.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 2014

Bei Wertpapieren mit einem Buchwert von € 811.937,21 (0 T€) wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von € 7.528,93 (0 T€) nach § 204 Abs. 2 UGB nicht vorgenommen, da davon auszugehen ist, dass die Wertminderung nicht von Dauer ist. Die Wertminderung ist voraussichtlich deshalb nicht von Dauer, da keine Verschlechterung der Bonität des Emittenten anzunehmen ist. Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und den niedrigeren Rückzahlungsbeträgen bei den festverzinsli-

chen Wertpapieren des Anlagevermögens, der gemäß § 56 Abs. 2 BWG zeitanteilig abgeschrieben wird, beträgt € 1.922.978,90 (0 T€). Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und sonstige Forderungen wurden, soweit sie dem Umlaufvermögen gewidmet sind, zum strengen Niederstwertprinzip unter Anwendung des § 57 Abs. 1 BWG bewertet.

Der Ansatz der Wertpapiere des Umlaufvermögens erfolgte zum strengen Niederstwertprinzip.

Zum Börsenhandel zugelassene Wertpapiere nach § 64 Abs. 1 Z. 10 BWG:

<u>Börsennotierte Wertpapiere</u>	<u>in €</u>	<u>Vorjahr in T €</u>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	45.726.742,13	182.799

Zum Börsenhandel zugelassene Wertpapiere – Art der Bewertung (§ 64 Abs. 1 Z. 11 BWG):

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen – richtet sich im jeweiligen Einzelfall nach der Entscheidung der zuständigen Gremien.

<u>Anlagevermögen</u>	<u>in €</u>	<u>Vorjahr in T €</u>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	45.726.742,13	182.799

Es wird kein Wertpapierhandelsbuch geführt.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen – Die Anteile an verbundenen Unternehmen gemäß § 228 Abs. 3 UGB setzen sich wie folgt zusammen (Angaben in Euro):

<u>Firmenname/Sitz</u>	<u>Anteil am Kapital in %</u>	<u>Geschäftsjahr</u>	<u>Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres</u>	<u>Ergebnis des letzten Geschäftsjahres</u>
„VVG“ Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.	100	2014	1.619.546,49	40.853,08
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H, Baden	99	2014	5.721.305,79	184.969,38
Immo-Contract Baden Maklergesellschaft m.b.H., Baden	100	2013/2014	263.138,59	79.834,34
Gärtnerbank Immobilien GmbH, Wien	99	2013	52.409,25	24.705,48
GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH, Wien	99	2013	17.685,40	-10.610,69

Mit folgenden Unternehmen besteht ein Gewinnabführungs- und Verlustübernahmevertrag:

- VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.

Mit folgenden Unternehmen besteht eine Gruppenbesteuerung:

- VVG Vermietung von Wirtschaftsgüter Gesellschaft m.b.H.

- Immo-Contract Baden Maklergesellschaft m.b.H.
- GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH
- Gärtnerbank Immobilien GmbH

Als Steuerumlage wurde die Periodenabrechnungsmethode gewählt.

Die Beteiligungen gemäß § 228 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 238 Abs. 2 UGB setzen sich wie folgt zusammen (Angaben in Euro):

Firmenname/Sitz	Anteil am Kapital in %	Geschäftsjahr	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
Wiener Landwirtschaftliche Siedlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien	33,33	2013	215.636,05	-196,73

Die Offenlegung des Verbundabschlusses erfolgt von der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft mit Sitz in Wien beim Handelsgericht Wien.

Mit Einführung des § 30a BWG wurden die Ausnahmebestimmungen gemäß § 30 Abs. 4 Z 3 BWG für Kreditinstitutsgruppen

erweitert. Als Mitglied des Kreditinstitute-Verbundes entfällt daher für die Volksbank Wien-Baden AG die Verpflichtung, einen Konzernabschluss gemäß § 59 BWG aufzustellen.

Die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft hat als Zentralorganisation einen Verbundabschluss aufzustellen.

Verbriefte und unverbiefte Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	in €	Vorjahr in T €
Forderungen an Kreditinstitute	764.701.248,67	1.174.834
Forderungen an Kunden	894,82	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.145.716,52	184.556

Verbriefte und unverbiefte Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	in €	Vorjahr in T €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	56.438.807,09	276.035
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	212.306,24	23
Verbiefte Verbindlichkeiten	8.000,00	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	100.000,00	0

Verbriefte und unverbiefte Forderungen an verbundene Unternehmen:

	in €	Vorjahr in T €
Forderungen an Kunden	2.044.886,59	30

Verbriefte und unverbiefte Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen:

	in €	Vorjahr in T €
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.752.107,48	2.363

Die Buchwerte bebauter und unbebauter Grundstücke betragen zum Bilanzstichtag € 10.564.348,71 (6.492 T€).

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear vorgenommen.

Die Abschreibungsdauer beträgt für Gebäude zwischen 25 und 67 Jahren, für die Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 20 Jahren und für die immateriellen Vermögensgegenstände zwischen 3 und 5 Jahren.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zu- und Abgang erfasst.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 2014

Anlagenspiegel (§ 226 Abs. 1 UGB in Verbindung mit § 43 Abs. 1 BWG; alle Angaben in Euro):

Anlagevermögen der Aktivpositionen	Anschaffungs / Herstellungskosten 1.1.	Zugänge im Gj	Zugänge durch Umgründung	Abgänge im Gj	Umbuchung im Gj
2. a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	5.604.500,00	13.696.740,00	0,00	8.788.240,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute (Wertpapiere)	0,00	200.000,00	709.920,00	709.920,00	0,00
4. Forderungen an Kunden (Wertpapiere)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	182.882.800,00	59.554.600,37	374.775,00	196.810.852,22	0,00
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	86.295.622,82	7.305.312,77	3.821.412,00	73.484.263,94	0,00
7. Beteiligungen	31.915.335,57	0,00	18.182.663,85	792.000,00	0,00
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	6.734.320,79	50.000,00	70.000,00	700,00	0,00
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	1.406.691,59	1.185,60	62.187,51	105.031,56	0,00
10. Sachanlagen	95.063.245,13	2.877.247,87	12.642.412,40	2.605.010,93	0,00
12. Sonstige Vermögensgegenstände	1.872,70	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme	409.904.388,60	83.685.086,61	35.863.370,76	283.296.018,65	0,00

In den Aktivposten sind folgende Vermögensgegenstände nachrangiger Art enthalten:

	in €	Vorjahr in T €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	800.000,00	0

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die Mündelgeldspareinlagen betragen zum Bilanzstichtag € 7.850.780,96 (7.225 T€). Der dafür gewidmete Deckungsstock besteht aus mündelsicheren Wertpapieren und beläuft sich auf € 15.404.977,38 (16.923 T€).

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 2,25 % unter Zugrundelegung der Berechnungstafeln von Pagler-Pagler berechnet.

Die steuerlich zulässige Rückstellung beträgt € 4.248.470,00 (4.290 T€); der versteuerte Teil der Pensionsrückstellung beträgt € 1.187.478,03 (1.131 T€).

Die Abfertigungsrückstellungen werden nach finanzmathematischen Grundsätzen auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 2,25 % unter Beachtung des Fachgutachtens des Instituts für

Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KFS/RL2) ermittelt.

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken sowie der Höhe und dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen vor allem Remunerationen, nicht konsumierte Urlaube, Jubiläumsgelder sowie Prüfungs- und Prozessaufwand.

Im Geschäftsjahr wurden für nachrangige Verbindlichkeiten Aufwendungen in Höhe von € 579.929,13 (606 T€) geleistet. Das Grundkapital zum 31.12.2014 betrug € 56.454.375,00 (54.740 T€) und ist in 602.180 Stückaktien zerlegt.

Anschaffungs / Herstellungskosten 31.12.	Zuschreibungen im Gj	kumul. Abschreibungen	Buchwert 31.12.	Buchwert des Vorjahres in T €	Abschreibungen im Gj
10.513.000,00	0,00	111.605,67	10.401.394,33	5.250	42.005,67
200.000,00	0,00	0,00	200.000,00	0	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0	0,00
46.001.323,15	0,00	274.581,02	45.726.742,13	182.799	274.581,02
23.938.083,65	0,00	393.057,91	23.545.025,74	82.755	10.790,57
49.305.999,42	0,00	38.541.733,19	10.764.266,23	12.352	8.846.666,98
6.853.620,79	0,00	50.000,00	6.803.620,79	6.734	50.000,00
1.365.033,14	0,00	1.355.053,01	9.980,13	30	21.557,69
107.977.894,47	0,00	56.690.421,96	51.287.472,51	44.457	4.860.146,77
1.872,70	0,00	0,00	1.872,70	2	0,00
246.156.827,32	0,00	97.416.452,76	148.740.374,56	334.380	14.105.748,70

Die Bewertungsreserve entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Stand 1.1.2014	Zuführung	Auflösung / Verbrauch	Stand 31.12.2014
Wertpapiere des Anlagevermögens	331.226,99	0,00	0,00	331.226,99
Beteiligungen	8.717,17	0,00	0,00	8.717,17
Anteile an verbundenen Unternehmen	865.961,93	0,00	0,00	865.961,93
Sachanlagen	761.855,44	0,00	107.508,02	670.998,95
Gesamtsumme	1.967.761,53	0,00	107.508,02	1.876.905,04

Das Kernkapital setzt sich zusammen aus:

	€
Eingezahlte Kapitalinstrumente	56.454.375,00
Rücklagen	105.492.495,00
Fonds für allgemeine Bankrisiken	9.500.000,00
Abzüge von Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals	9.980,13
Bestandsgeschützte Kapitalinstrumente des harten Kernkapitals	14.195.200,00
Zusätzliches Kernkapital	0,00
Abzüge von Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals	0,00
Bestandsgeschützte Kapitalinstrumente des zusätzlichen Kernkapitals	0,00

Das Ergänzungskapital setzt sich zusammen aus:

	€
Ergänzungskapital	19.122.977,53
Abzüge von Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals	402.989,04
Bestandsgeschützte Kapitalinstrumente des Ergänzungskapitals	3.652.054,79

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt 0,34 %.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 2014

Es besteht eine Garantierklärung gegenüber der sektoralen Sicherungseinrichtung in Höhe von € 11.454.132,85 (3.308 T€). In den Aktivposten sind auf Fremdwährung lautende Aktiva im

Gesamtbetrag von € 283.217.370,67 (335.164 T€) enthalten, der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Passiva beträgt € 76.061.719,45 (294.430 T€).

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende Termingeschäfte (Volumen):

	31.12.2014 in € Volumen	31.12.2014 in € Marktwert	Vorjahr in T € Volumen	Vorjahr in T € Marktwert
Zinsswaps	175.812.069,77	-8.588.765,50	202.067	-5.823
Zinssatzoptionen	41.747.155,50	-487.067,02	54.156	141
Devisentermingeschäfte	2.560.628,48	0,00	490	0
Währungsswaps	225.335.918,10	-122.607,35	40.346	85
Kreditderivate	0,00	0,00	21.000	113

Die Berechnung des beizulegenden Zeitwertes (Marktwertes) bei den derivativen Finanzinstrumenten erfolgte nach der marked to model - Methode unter Zugrundelegung der zum Bilanzstichtag aktuellen EZB-Währungskurse, soweit es sich um Geschäfte in Fremdwährung handelt, sowie den aktuellen Zinskurven für Zinsinstrumente und Volatilitätskurven für Optionsgeschäfte.

Die abgeschlossenen Zinsswaps dienen zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos. Diese Zinsswaps wirken sich mit einem Betrag von € 2.225.133,08 (371 T€) negativ auf das Zinsergebnis aus.

Optionsprämien sind in der Bilanzposition sonstige Vermögensgegenstände und aktive Rechnungsabgrenzung mit einem Buchwert von € 284.315,95 (320 T€) ausgewiesen.

Micro-Hedge/Portfoliohedge

Zur Absicherung von Zinsrisiken und Währungsrisiken aus Forderungen an Kunden, festverzinslichen Wertpapieren und Eigenemissionen werden Zinsswaps, Caps, Floors und Devisenswaps im Rahmen eines Micro-Hedge eingesetzt.

Die Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Micro-Hedge wurden für einen Zeitraum von 32 Tagen bis 23 Jahren abgeschlossen.

Die beizulegenden Zeitwerte zum Bilanzstichtag betragen:

	Marktwert
Zinsswaps	-8.588.765,50
Zinssatzoptionen	-487.067,02
Währungsswaps	-122.607,35

Die Effektivität der Sicherungsbeziehung ergibt sich aus der Wertentwicklung auf Grund der gegenläufigen Risikoparameter von Grund- und Sicherungsgeschäften.

Die Bewertungseffekte bei den Zinsswaps, Caps, Floors und Devisenswaps sind zurückzuführen auf Änderungen der Zinssatzkurve und Währungsschwankungen.

Das Zinsänderungsrisiko wird mit Hilfe von SAP berechnet und im Rahmen von regelmäßigen Aktiv-Passiv-Sitzungen ausge-

steuert. Es werden die im § 69 Abs. 3 BWG vorgesehenen Grenzen beobachtet, um deren Einhaltung zu gewährleisten. Darüber hinaus wird das Zinsänderungsrisiko auf Basis von Barwertberechnungen der zinsgebundenen bzw. -sensitiven Aktiv- und Passivposten in insgesamt 20 unterschiedlichen Zinsszenarien ermittelt. In Abhängigkeit der Zinserwartung und des ermittelten Zinsänderungsrisikos erfolgt die Anpassung der Sicherungsinstrumente.

Nicht täglich fällige Forderungen und Guthaben:

	31.12.2014 in €	Vorjahr in T €
bis drei Monate	105.075.027,25	189.638
mehr als drei Monate bis ein Jahr	255.729.424,04	253.797
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	664.892.659,15	585.318
mehr als 5 Jahre	1.314.923.332,95	1.265.091

Nicht täglich fällige Verpflichtungen:

	31.12.2014 in €	Vorjahr in T €
bis drei Monate	337.470.362,09	484.294
mehr als drei Monate bis ein Jahr	438.971.675,93	567.217
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	563.527.526,14	644.142
mehr als 5 Jahre	33.692.583,36	17.411

Im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr werden Forderungen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von € 6.958.544,43 (40.208 T€) fällig.

Der Gesamtbetrag der Sicherungsgegenstände zur Sicherstellung von unter den Passivposten bzw. Passivposten unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen stellt sich wie folgt dar:

Vermögensgegenstände als Sicherheit	31.12.2014 in €	Vorjahr in T €
Forderungen an Kreditinstitute	13.280.100,00	0
Forderungen an Kunden	101.743.191,89	96.259
Summe der Sicherheiten	115.023.291,89	96.259
Besicherte Verbindlichkeiten unter Position	31.12.2014 in €	Vorjahr in T €
Eventualverbindlichkeiten	115.023.291,89	96.259
Summe der Sicherstellungen	115.023.291,89	96.259

Verpflichtungen aus Mietverträgen:

	31.12.2014 in €	Vorjahr in T €
für das folgende Geschäftsjahr	4.016.000,00	3.738
für die folgenden fünf Geschäftsjahre	20.080.000,00	18.690

In der Position Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von € 1.460.467,13 (1.249 T€) enthalten. Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses in Höhe von € 249.731,71 (203 T€) an. Die Position außerordentliche Erträge umfasst die Erträge aus dem Besserungsgeld des Gemeinschaftsfonds in Höhe von € 2.850.000,00 (0 T€).

Die Steuern vom Einkommen entfallen im Ausmaß von 81,07% auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und mit rund 18,93% auf das außerordentliche Ergebnis.

Folgende Gewinnverteilung soll den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden:

Dividenden auf Stammaktien € 6.517.996,34 Dividenden auf Partizipationskapital € 273.495,43 und Vortrag des Restbetrags von € 64.432,10 auf neue Rechnung.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 2014

4. ANGABEN ÜBER ORGANE UND ARBEITNEHMER

Während des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 566,50 (547) Angestellte und 16,70 (16) Arbeiter beschäftigt.

Kredite an Vorstand und Aufsichtsrat	im Geschäftsjahr Vorstand in €	im Geschäftsjahr Aufsichtsrat in €	im Vorjahr Vorstand in T €	im Vorjahr Aufsichtsrat in T €
Gewährte Kredite	2.864,98	39.702,16	330	1
Kreditteilungen im Geschäftsjahr	27.998,31	23.651,31	28	13

Die Bedingungen betreffend Laufzeit und Besicherung sind marktconform.

Aufwand für Abfertigung und Pensionen	im Geschäftsjahr Aufwand für Abfertigungen und Pensionen in €	im Vorjahr Aufwand für Abfertigungen und Pensionen in T €
Vorstand und leitende Angestellte	332.185,46	246
Sonstige Arbeitnehmer	2.150.204,08	2.102

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr aktiven und ehemaligen Geschäftsleiter sowie deren Hinterbliebene beliefen sich auf € 1.053.166,82 (1.040 T€).

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr aktiven und ehemaligen Aufsichtsratsmitglieder beliefen sich auf € 110.630,00 (49 T€).



Vorstand:

Dir. Josef Preissl (Vorsitzender), Dir. Erich Fuker (bis 31.03.2015), Dir. Wolfgang Layr (bis 31.03.2015), Dir. Mag. Wolfgang Schauer (ab 1.4.2015)

Aufsichtsrat:

KR Dir. Mag. Harald Berger (Vorsitzender bis 19.02.2015, Mitglied ab 20.02.2015), Dir. Otto Zeller, MBA (Mitglied bis 29.06.2014, 1. Vorsitzender-Stellvertreter ab 30.06.2014), LT-Präs. Vize Bgm. Franz Gartner (2. Vorsitzender-Stellvertreter), Prof. Mag. KR August Breiningner, Hon. Prof. Mag. Dr. Leo W. Chini (Mitglied bis 03.03.2015, Vorsitzender ab 04.03.2015), Stefan Felbermayer (ab 01.11.2014), Dir. Werner Foidl, Dir. Mag. Martin Holzer, Dir. Mag. Markus Hörmann, Mag. Dr. Alfons Klebl, Eva-Maria Kohout-Lintner (ab 1.11.2014), Dir. Dr. Rainer Kuhnle, Ingrid Laki (ab 01.11.2014), Dir. Mag. Dr. Johannes Monsberger (ab 02.10.2014), Rainer Obermayer (ab 01.11.2014), Dir. Mag. Anton Pauschenwein, Dir. Rudolf Rieni, Mag. Dr. Martina Verena Rittmann-Müller, Christian Rudorfer, Gerlinde Weilguni, Manfred Worschischek, Mag. (FH) Thomas Greider (bis 01.11.2014), Thomas Haslinger (bis 01.11.2014), Gerlinde Hermann (bis 01.11.2014), Dir. Dr. Michael Klampfl (bis 23.09.2014), Adelheid Ploderer (bis 01.11.2014)

Wien, am 10. April 2015
Volksbank Wien-Baden AG


Dir. Josef Preissl
Vorstand


Dir. Mag. Wolfgang Schauer
Vorstand

Die Offenlegung gemäß Artikel 431 CRR erfolgt im Internet auf der Homepage der Österreichischen Volksbanken Aktiengesellschaft unter www.volksbank.com.

